

QUARTALSBERICHT

Projektland: Rumänien

Quartal/Jahr: III/2011

SCHLAGZEILEN

- 1. Vorsitzender der PSD im Visier der Antikorruptionsbehörde**
- 2. Schengendebakel – Opposition fordert Rücktritt**
- 3. Lazlo Tökes will Wiedergutmachung für Trianon Vertrag**
- 4. IWF-Missionschef Franks: Es gibt gute Nachrichten**

Vorsitzender der PSD im Visier der Antikorruptionsbehörde

Gegen den Vorsitzenden der rumänischen Sozialdemokraten, Victor Ponta, und seinen Parteikollegen, Dan Sova, wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Grund der Ermittlungen der Steuerfahnder waren zwei Beratungsverträge, die von der Anwaltskanzlei „Sova und Partner“ im März und im Juli 2007 mit dem Energieunternehmen Turceni und Rovinari abgeschlossen wurden. Victor Ponta war zu diesem Zeitpunkt Senior Partner der Kanzlei. Die Steuerbehörden verdächtigten Ponta, keine Steuern für seine Einnahmen aus den Verträgen abgeführt zu haben. Ponta und Sova wiesen die Vorwürfe als politisch gesteuert zurück. Victor Ponta leitete seinerseits strafrechtliche Klagen wegen Anstiftung zum Amtsmissbrauch gegen Staatschef Basescu ein.

Insgesamt ist Korruption immer noch ein parteiübergreifendes Problem in Rumänien. Die Europäische Kommission hat ihren Jahresbericht zur Justizreform und zur Korruptionsbekämpfung veröffentlicht. Rumänien wurden diesmal zwar einige Fortschritte bescheinigt, doch bleibt die Anwendung geltenden Rechts nach wie vor problematisch. Die Kommission kritisierte erneut das rumänische Parlament, das Ermittlungen gegen unter Verdacht stehende ehemalige Minister und Politiker blockiere und Gesetze zur Justizreform abschwäche. Gerade bei einigen prominenten Korruptionsfällen ist jetzt dringendes Handeln nötig, da anderweitig Verjährung droht. Angesprochen war hier auch der Fall des ehemaligen sozialdemokratischen Regierungschefs, Adrian Nastase. Dieser nannte den

Fortschrittsbericht der EU-Kommission, das Werk Pubertierender, die gelegentlich beim Justizministerium und der Anti-Korruptionsbehörde vorbeischauchen. Ein weiteres Problem ist die Vetternwirtschaft. So räumt der rumänische Innenminister, Traian Igas, ein, dass von 65000 Mitarbeitern in seinem Haus fast die Hälfte, nämlich 30000, nicht wegen ihrer Qualifikation, sondern lediglich aufgrund persönlicher Beziehungen eingestellt wurden. Auch die Signale der EU-Kommission bezüglich der öffentlichen Vergabe waren negativ. Bei der Überprüfung etlicher öffentlicher Ausschreibungen wurden derart schwere Misstände festgestellt, dass man von einem systemischen Problem sprechen muss.

Schengendebakel – Opposition fordert Rücktritt des Außenministers

Rumänien hatte zumindest auf einen stufenweisen Schengenbeitritt gehofft. Diese Hoffnung wurde durch das strikte „Nein“ Finnlands und der Niederlande zunichte gemacht. Der Rechtsstaat, so die Niederländer, sei weder in Bulgarien noch in Rumänien gewährleistet. Man sieht zwar Fortschritte bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und beim Kampf gegen die Korruption, aber das erhoffte Niveau ist bei weitem nicht erreicht. Die Opposition, vertreten durch den PSD Vorsitzenden, Victor Ponta, nahm diesen dritten Aufschub zum Anlass, den Rücktritt des Außenministers, Teodor Baconscis, sowie des Innenministers, Traian Igas, zu fordern.

Rumänien hat sicher alle technischen Voraussetzungen für den Schengenbeitritt erfüllt. Die bisherigen Aufschübe verdeutlichen aber auch das fehlende Vertrauen der Schengenstaaten in die Ernsthaftigkeit der Reformbemühungen Rumäniens.

Lazlo Tökes will Wiedergutmachung für Trianon Vertrag

Lazlo Tökes, Vorsitzender des Landesrates der Ungarn in Siebenbürgen (CNMT) und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, fordert Autonomie in all ihren Formen sowie mehr Rechte, einschließlich das Recht auf eine begrenzte Selbstbestimmung als Wiedergutmachung für den Verlust der durch den Friedensvertrag von Trianon Rumänien zugesprochenen Gebiete der ehemaligen K. u. K. Monarchie – Siebenbürgen, das Szekelerland sowie das ehemalige Partium (Maramuresch, Sathmar, Salaj, Bihor und Arad). Unterstützt werden diese Pläne auch von führenden ungarischen Politikern in Budapest. Diese Politik Ungarns und des Landesrates der Ungarn in Siebenbürgen zwingt den Ungarnverband (UDMR) als ethnische Partei, seine ungarische Ausrichtung stärker zu betonen, um seine Wähler nicht an den CNMT zu verlieren. Es besteht allerdings für beide Seiten die Gefahr, sich gegenseitig aufzureiben und den Sprung über die 5% - Hürde nicht zu

schaffen. Diese Rivalität und die kommenden Wahlen im nächsten Jahr haben auch Auswirkungen auf die gegenwärtige Regierungspolitik. Um seine ungarische Wählerschaft nicht zu verprellen, kann die UDMR der Verwaltungsreform nicht zustimmen, mit der Rumänien in neue Regionen unterteilt würde. Auch bei der Zusammenlegung von Kommunal- und Präsidentenwahlen gibt es Unstimmigkeiten.

Der Ungarnverband und dessen Politik ist nicht das einzige Problem, das derzeit die Regierungsparteien beschäftigt. Die Oppositionsparteien sind nun gerichtlich als Allianz eingetragen. Mit diesem Schritt hoffen sie, schon 2012 die notwendige Mehrheit für die Amtsenthebung des Präsidenten zu erreichen. Die demokratisch-liberale Partei (PD-L), geschockt von den schlechten Umfragewerten versucht außerhalb der Partei ein rechtsliberales Sammelbecken zu starten und schreckt dabei nicht zurück, Partnerschaften mit mehr als umstrittenen Politikern zu suchen wie Gigi Becali oder dem Skandalmoderator Dan Diaconescu und seiner Partei des Volkes. Der Moderator ist vor allem wegen seines Boulevardjournalismus billigster Machart und seiner kruden Wortwahl in seinen Talkshows unter den sozial benachteiligten Zuschauern, der größten Bevölkerungsgruppe Rumäniens, sehr beliebt. Inwieweit diese neu entstandene Volksbewegung glaubhaft ist und der PD-L Wähler bringt, bezweifeln Parteimitglieder wie Elena Udrea, die politisches Fingerspitzengefühl besitzen.

IWF-Missionschef Franks: Es gibt gute Nachrichten

Rumänien hat während der letzten drei Jahre zwar schlimme Zeiten erlebt, habe aber nie unmittelbar vor der Pleite gestanden, so Jeffrey Franks. Das Schlimmste ist überstanden. Rumänien konnte alle Defizitziele erreichen. Priorität besitzt für Rumänien auch weiterhin die Wahrung der makroökonomischen Stabilität und nun auch Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft aufgrund einer verbesserten Absorption der europäischen Fördermittel sowie der Neustrukturierung der Staatsunternehmen. Untermuert wird dies noch von der Ratingagentur Fitch. Sie stuft Rumänien von Ramsch auf Investment-Grade hoch. In Rumänien sind das seit Jahresbeginn eingesetzte Wachstum, der Rückgang des Leistungsbilanzsowie des Haushaltsdefizits deutlich sichtbar. Die Ausfallwahrscheinlichkeit rumänischer Anleihen hat sich so entsprechend verringert.

So erwartet die Regierung ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von ca. 0,4% im 2. Quartal sowie einen Rückgang der Inflationsrate auf 4,8 % bis zum Jahresende. Das Haushaltsdefizit betrug Ende August 2,4 % des Bruttoinlandproduktes und lag somit sogar unter den Vorgaben des Währungsfonds, der bis Ende des Jahres ein Defizit von 4,4 % fordert. Dank der steigenden Exporte konnte Rumänien sein Handelsdefizit um 5,5 % verringern.

Bei den heimischen Investitionen ist die Tendenz weiter rückläufig. Es scheinen sich aber wieder mehr ausländische Investoren zu finden. So

wollen die Südkoreaner in das Atomkraftwerk in Cernovoda investieren. IBM plant angeblich ein Werk in Rumänien. Auch Unternehmen wie Oracle, Dell oder Ericsson denken an eine Ausweitung ihrer Aktivitäten im Lande. Petrom vermeldet kurz vor dem Verkauf eines Aktienpakets an der Börse einen bedeutenden Gasfund im Süden des Landes. Heimische Analysten und die Regierung rechnen nun mit einem satten Erlös von rund 600 Millionen Euro für den Verkauf von 9,84 % der Anteile.

Klaus Sollfrank

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Bukarest, Rumänien

IMPRESSUM

Erstellt: 17.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de